

Geschäftsführung Finanzausschuss

Ansprechpartner/in: Herr Rausch

Telefon: (0221) 221-25939

Fax: (0221) 221-23902

E-Mail: Michael.Rausch@Stadt-Koeln.de

Datum: 12.06.2008

Niederschrift

über die **Sitzung des Finanzausschusses** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 21.04.2008, 13:30 Uhr bis 15:29 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Martin Börschel SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Margret Dresler-Graf	CDU	als Vertreterin für Herrn Dr. Paul
Herr Karl-Jürgen Klipper	CDU	bis 15.15 Uhr
Herr Karsten Möring	CDU	ab TOP 2.2 (13.37 Uhr)
		bis TOP 12.5 (14.41 Uhr)
Herr Stephan Pohl	CDU	
Herr Götz Bacher	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	als Vertreterin für Herrn Kron
Herr Michael Neubert	SPD	
Herr Jörg Frank	Grüne	
Herr Andreas Wolter	Grüne	bis TOP 12.5 (14.41 Uhr)
Herr Ulrich Breite	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Markus Wiener	pro Köln
Herr Claus Ludwig	Die Linke.Köln
Herr Dr. Martin Müser	KBB

Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Peter Michael Soénus	
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen	
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein	bis 15.15 Uhr
Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst	
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	
Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander	bis TOP 12.8 (14.50 Uhr)
Herr Hans-Jochen Hemsing	als Vertreter des Rechnungsprüfungsamtes

Schriftführer/in

Herr Michael Rausch

**Presse
Zuschauer**

Entschuldigt fehlen:

- I. Die Verwaltung zieht vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Punkte zurück:

nichtöffentlicher Teil

10. Allgemeine Beschlussvorlagen

- 10.2. Standortsicherung für musikFabrik/Landesensemble NRW e. V.
1311/2008

- II. Der Finanzausschuss stimmt zu, dass die Tagesordnung um folgende Punkte erweitert wird:

12. Allgemeine Beschlussvorlagen

- 12.18. Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2008
1622/2008

- III. Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass folgende, bisher noch nicht auf der Tagesordnung vermerkte Drucksachen in der heutigen Sitzung behandelt werden:

2. Mitteilungen der Verwaltung

- 2.6. Ausgaben für Sozialtransferleistungen im Haushaltsjahr 2007
1399/2008
- 2.7. Historisches Archiv

3. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.2. Anfrage der Fraktion Die Linke betr. Hundesteuer
AN/0664/2008

3.3. Anfrage vom Ratsmitglied Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betr. HGK; Strand-
bad in Köln-Mülheim
AN/0697/2008

7. Freigabe von Maßnahmen des Vermögenshaushaltes

7.3. Regionale 2010 - RegioGrün
1266/2008

9. Überplanmäßige Ausgaben

9.1. Überplanmäßige Ausgabe für Mieten incl. Nebenkosten an Gebäudewirtschaft
0778/2008

nichtöffentlicher Teil

1. Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1. Liquidation Short Lines B. V.
1539/2008

10. Allgemeine Vorlagen

10.3 Beteiligung der Stadt Köln an einer Europaweiten Ausschreibung des Dachver-
bandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN) zum Abschluss einer Rahmenverein-
barung über die Lieferung von PCs, Monitoren und Druckern; hier Bedarf in
Schulen
1053/2008

IV. Der Finanzausschuss legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 1.1 Anfrage von Herrn MdR Dr. Müser in der Sitzung des Finanzausschusses am 28.01.2008 und Nachfrage in der Sitzung des Finanzausschusses am 03.03.2008
1112/2008
- 1.2 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Prüfung der Vergabe zum Bau der Messehallen nach EU-Recht
1420/2008

2 Mitteilungen der Verwaltung

- 2.1 Jahresbericht über die Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung 2007
0995/2008
- 2.2 Übersicht über die Organisationsmöglichkeiten des Wallraf-Richartz Museum & Fondation Corboud unter Darstellung organisatorischer, finanzwirtschaftlicher und rechtlicher Aspekte
0840/2008
- 2.3 Jahresrechnung 2007
1479/2008
- 2.4 Doppelbesteuerung durch Zweitwohnungssteuer
1233/2008
- 2.5 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Koelnmesse GmbH
1330/2008
- 2.6 Ausgaben für Sozialtransferleistungen im Haushaltsjahr 2007
1399/2008
- 2.7 Historisches Archiv

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1. Anfrage der CDU-Fraktion betr. Mittelfristige Finanzplanung bzw. Erfolgsplan
AN/0541/2008
- 3.2. Anfrage der Fraktion Die Linke betr. Hundesteuer
AN/0664/2008
- 3.3. Anfrage vom Ratsmitglied Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betr. HGK; Strand-
bad in Köln-Mülheim
AN/0697/2008

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**5 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten sowie Anregungen und Beschwerden
gemäß § 24 GO NW**

**6 Mitteilungen über Kostenerhöhungen gemäß § 29 GemHVO in Verbindung mit § 7
Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln**

7 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes

- 7.1 Modernisierung der Filmschnittarbeitsplätze (Postproduktion) in der Georg- Si-
mon- Ohm- Schule
0841/2008
- 7.2 Freigabe von Planungsmitteln bei Finanzstelle 6903-1201-0-5102 Stadtbahn
Rhein-Sieg BA Nord-Süd / 3. Betriebsabschnitt, Hj. 2008 (Teilplan 1201, Ver-
kehrsflächen und -anlagen, ÖPNV)
1051/2008
- 7.3 Regionale 2010 - RegioGrün
1266/2008

8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 2 GO NW

- 8.1 Sanierung und Umgestaltung der Spielplätze Theodor-Heuss-Ring Nord und Süd
in Köln-Innenstadt
1077/2008

9 Überplanmäßige Ausgaben

- 9.1 Überplanmäßige Ausgabe für Mieten incl. Nebenkosten an Gebäudewirtschaft
0778/2008

10 Außerplanmäßige Ausgaben

11 Unterrichtung des Rates gem. § 82 Abs. 1 und § 84 Abs. 1 GO NRW über die vom Kämmerer genehmigten Mehrausgaben und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2007

1432/2008

12 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 12.1 Rahmenkonzept der Kölner Bürgerhäuser und Bürgerzentren
- Neufassung
4848/2007

- 12.2 Errichtung einer neuen Sportanlage
"Sürther Feld", Köln-Rodenkirchen
0233/2008

- 12.3 Ankauf der Sammlung Daniela Mrazkova durch die Stadt Köln für das Museum
Ludwig
1027/2008

- 12.4 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für Räume der Offe-
nen Ganztagsgrundschule und Ersatz der bestehenden WC-Anlage am Schul-
standort Am Rosenmaar 3, 51061 Köln-Höhenhaus
0197/2008

- 12.5 Haushaltsstrukturanalyse - Maßnahme 67.5 - Reduzierung des überdimensionier-
ten Grünpflegefuhrparks
0822/2008

- 12.6 Neubau Rautenstrauch-Joest-Museum/Erweiterungsbau Museum Schnütgen
hier: Einrichtungskosten, Veranschlagung Mehrbedarfe Haushaltsjahr 2008/2009
0946/2008

- 12.7 Umwandlung des Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in eine eigen-
betriebsähnliche Einrichtung
1068/2008

- 12.8 Kliniken der Stadt Köln gGmbH
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages
1294/2008
- 12.9 Neubau von zwei Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Kulmbacher Str. 1 - 3, 51103 Köln (Höhenberg) (Gemarkung Mülheim, Flur 1, Flurstück 1199) und Abbruch der beiden städtischen Sozialhäuser.
Baubeschluss
4925/2007
- 12.10 Offene Ganztagschule im Primarbereich - Ausbau auf 18.800 Plätze
1073/2008
- 12.11 Modellprojekt bundeseinheitliche Servicenummer 115 - Eine Chance zur Verbesserung des Bürgerservices in der Region
hier: Organisatorische und finanzielle Konsequenzen aus der Teilnahme des Call-Centers Köln/ Bonn/ Leverkusen und der kommunalen Partner am Pilotprojekt
0436/2008
- 12.12 Subvention von Zweitwohnungssteuern
0675/2008
- 12.13 Umsetzung der Haushaltsstrukturanalyse
1119/2008
- 12.14 Nord-Süd Stadtbahn, Haltestelle Heumarkt
hier: Durchführung des Hauptsammlers Mitte durch das Haltestellenbauwerk
1256/2008
- 12.15 Neustrukturierung der Kölner Sportstätten GmbH
hier: Bedarfsfeststellung zur Vergabe eines Gutachtens
1306/2008
- 12.16 Verteilung von Haushaltsmitteln aus dem Teilplan 0601 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe im Jahr 2008
hier: Gewährung eines Zuschusses an die Jugendzentren Köln gGmbH
4979/2007
- 12.17 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung
Wirtschaftsplan 2008
1548/2008
- 12.18 Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2008
1622/2008

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Anfrage von Herrn MdR Dr. Müser in der Sitzung des Finanzausschusses am 28.01.2008 und Nachfrage in der Sitzung des Finanzausschusses am 03.03.2008 1112/2008

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Beantwortung zur Kenntnis.

1.2 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Prüfung der Vergabe zum Bau der Messehallen nach EU-Recht 1420/2008

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Beantwortung zur Kenntnis.

2 Mitteilungen der Verwaltung

2.1 Jahresbericht über die Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung 2007 0995/2008

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2 Übersicht über die Organisationsmöglichkeiten des Wallraf-Richartz Museum & Fondation Corboud unter Darstellung organisatorischer, finanzwirtschaftlicher und rechtlicher Aspekte 0840/2008

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, diese Mitteilung im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 12.7 zu erörtern.

Ratsmitglied Frank weist daraufhin, dass bei den Diskussionen bezüglich der künftigen Organisationsformen die Frage der Vergaberegulierung als problematisch dargestellt wurde. Vor diesem Hintergrund fragt er an, ob bereits eine Beschlussfassung zur Erweiterung der städtischen Vergabegrenzen erfolgt sei.

Die Verwaltung antwortet, dass der Rat einen Grundsatzbeschluss über die Ausweitungen der Vergabegrenzen gefasst habe und man mit dessen Umsetzung begonnen habe.

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.3 Jahresrechnung 2007 1479/2008

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass diese Mitteilung in den Veröffentlichungen der Presse und der Medien unterschiedlich interpretiert wird. Hierbei sei möglicherweise der Eindruck entstanden, dass die Stadt Köln inzwischen über ausreichende finanzielle Mittel verfüge. Vor diesem Hintergrund bitte er die Verwaltung um eine präzisierende Darstellung.

Stadtkämmerer Soénius führt aus, dass eine diesbezügliche Interpretation nicht den Tatsachen entspreche. Hier gehe es lediglich um das Ergebnis der letzten Jahresrechnung auf Basis des kameralen Haushaltsrechtes. Auch vor Einbringung des Doppelhaushaltes für die Jahre 2008 und 2009 sei die Finanzsituation der Kommunen nach wie vor angespannt. Die gute Entwicklung der Konjunktur und des Gewerbesteueraufkommens dürfe nicht darüber hinweg täuschen, dass in den kommunalen Haushalten immer noch strukturelle Defizite bestehen. Dies gelte auch für die Stadt Köln, welche sich derzeit bemühe die Ausgleichsrücklage möglichst schonend für kommende Generationen zu hinterlassen. Ob dies gelinge, bleibe jedoch abzuwarten.

Für Ratsmitglied Klipper stellt das Ergebnis der Jahresrechnung zunächst eine Vergangenheitsbe-trachtung dar. Als positives Ergebnis müsse er festzustellen, dass es der Stadt Köln gelungen sei, von den Restriktionen des Haushaltssicherungskonzept befreit zu werden und Altfehlbeträge abzubauen. Zudem müssten ab dem Jahr 2008 weniger Kassenkredite in Anspruch genommen werden.

Nachfolgend bittet er zum besseren Verständnis die Position Kasseneinnahmereste im Verwaltungshaushalt und den Schuldenstand zu Beginn und am Ende des Haushaltssicherungskonzeptes zu erläutern.

Die Verwaltung antwortet, dass es sich bei den Kasseneinnahmeresten um fällige Forderungen der Stadt Köln handelt, welche noch nicht ausgeglichen sind. Der langfristige Schuldenstand sei nicht reduziert worden, da bedingt durch die auf Null reduzierte Nettokreditaufnahme immer die Beträge neu aufgenommen wurden, welche vorher getilgt worden sind. Allerdings habe sich der kurzfristige Bedarf an Kassenkrediten deutlich reduziert. Bezüglich des Ergebnisses der Jahresrechnung müsse insbesondere darauf hingewiesen werden, dass dieses hauptsächlich durch die fehlende Möglichkeit der Bildung von Haushaltsausgeberesten positiv beeinflusst werde, indem diese Beträge zunächst eingespart wurden. Diese müssten aber zum Teil im Rahmen des NKF als Ermächtigungsübertragung erneut veranschlagt werden.

Ratsmitglied Breite nimmt die Antwort der Verwaltung zum Anlass auf die Notwendigkeit und

den dringenden Handlungsbedarf zugunsten eines Schuldenabbaus hinzuweisen. Zudem begrüßt auch er den Abbau der Altfehlbeträge weit vor dem Jahr 2012 als äußerst positive Nachricht.

Der Ausschussvorsitzende gibt zu bedenken, dass das Haushaltssicherungskonzept ein Bestandteil des alten kameralen Haushaltsrechtes gewesen ist und aus der reinen Jahresausgleichserfordernis hergeleitet wurde. Obwohl diese Betrachtungsweise und die daraus resultierenden Restriktionen weggefallen seien, habe sich in der Substanz keine Änderung vollzogen. Aus der erweiterten Flexibilität im Rahmen der Bilanz ergebe sich nunmehr die große Herausforderung mit den neuen Möglichkeiten wie ein guter und umsichtiger Kaufmann umzugehen und keine „Goldgräberstimmung“ aufkommen zu lassen. Insofern bleibe es bei der Erfordernis eines nachhaltigen Wirtschaftens.

Ratsmitglied Frank schließt sich dieser Beurteilung an. Diese Mitteilung könne daher keinesfalls zum Anlass genommen werden, um die derzeitige finanzwirtschaftliche Situation als entspannt darzustellen. Vielmehr sei eine transparentere Darstellung der tatsächlichen Finanzlage der Stadt Köln durch die Eröffnungsbilanz möglich geworden. Hieraus gehe hervor, dass die einseitige Betrachtung der Schulden nicht ausreichend sei, da diesen auch Vermögen entgegenstehe. Andererseits dürfe nicht der Eindruck verbreitet werden, dass nunmehr wieder vermehrt Geld ausgegeben werden könne.

Zudem habe das bisherige Haushaltssicherungskonzept allen Beteiligten eine gewisse Disziplin auferlegt, wodurch eine Reihe von Effizienzsteigerungs- und Einsparmaßnahmen ermöglicht wurden, die er nach wie vor für richtig halte. Daher stehe auch jetzt nach wie vor die Aufgabe an, das gesamte Aufwandsvolumen – insbesondere die Forderungen im Kultursektor - einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Sachkundiger Bürger Herr Wiener begrüßt die realistische Lageeinschätzung und spricht sich dafür aus, diese beizubehalten.

Ratsmitglied Dr. Müser verweist auf das nach wie vor bestehende strukturelle Defizit und sieht hier weiteren Handlungsbedarf.

Zum Abschluss weist Ratsmitglied Klipper nochmals auf den erfreulichen Abbau der Altfehlbeträge hin. Zudem habe sich die Liquidität der Stadt Köln in den letzten Jahren verbessert. Dieses werte er durchaus als Erfolg. Hinzukomme, dass künftig einige Abschreibungen zur weiteren planmäßigen Entschuldung genutzt werden könnten. In der Summe aller Positionen stelle dies ein hervorragendes Ergebnis dar.

Sachkundiger Bürger Herr Wiener kritisiert diese Wertung, da sie der bisherigen realistischen Einschätzung zuwiderlaufe.

2.4 Doppelbesteuerung durch Zweitwohnungssteuer 1233/2008

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.5 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Koelnmesse GmbH 1330/2008

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.6 Ausgaben für Sozialtransferleistungen im Haushaltsjahr 2007 1399/2008

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.7 Historisches Archiv

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Verwaltung beantwortet eine Nachfrage von Ratsmitglied Frank zu den in Frage kommenden Standorten.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Anfrage der CDU-Fraktion betr. Mittelfristige Finanzplanung bzw. Erfolgsplan AN/0541/2008

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die schriftlich vorliegende Antwort der Verwaltung.

Ratsmitglied Klipper spricht sich in diesem Zusammenhang nochmals für das Erfordernis einer aussagefähigen mittelfristigen Finanzplanung aus, da sich gezeigt habe, dass in einzelnen Fällen nicht alle erkennbaren Auswirkungen berücksichtigt wurden.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass sie bei Erstellung der Mittelfristplanung unbedingt auf den Erkenntnisstand der Fachdienststellen angewiesen ist und Abweichungen – insbesondere bei Großprojekten - nicht ausgeschlossen werden können.

Ratsmitglied Möring verweist auf Erfahrungen aus der Vergangenheit, nach denen Investitionen der öffentlichen Hand in der Regel höher sind als ursprünglich geschätzt. Er fragt an, ob ein Ermessensspielraum bei den Schätzungen bestehe, so dass ein Sicherheitszuschlag in die mittelfristige Finanzplanung eingerechnet werden könne.

Die Verwaltung antwortet, dass die Ansätze nach den Haushaltsgrundsätzen sorgfältig zu schätzen sind. Da in den Planungen bereits Kosten für Unvorhergesehenes enthalten seien,

verbiere sich ein weiterer Sicherheitszuschlag.

Der Ausschussvorsitzende spricht sich ebenfalls gegen eine Schaffung von „Sicherheitspolstern“ aus.

Bei der Ausführung von Großprojekten die von Zuschüssen Dritter anhängig sind, gebe es jedoch genaue Vorgaben nach denen bestimmte Kosten in Ansatz gebracht werden dürfen. Vor diesem Hintergrund sei es nicht verständlich, wenn zu Anfang eines Projektes nicht erkannt werde, dass dieses nicht als Büro sondern als Museum ausgestattet werden müsse. Dies gelte ebenfalls für Baumaßnahmen in archäologischen Bereichen. Hier gelte es eine Lösung zu finden, wie bei zukünftigen Großprojekten die Höhe der investiven Maßnahmen und der Folgekosten sowie deren haushaltmäßige Auswirkungen präziser geschätzt werden können.

Stadtkämmerer Soénius greift die Kritik auf und gibt zu Bedenken, dass es sich um Einzelfälle handelt.

Zudem beziehe sich die Stellungnahme der Fachdienststellen auf deren Erkenntnisse zum Zeitpunkt der Erstellung. Bei derartigen Prognosen ergebe sich des Öfteren, dass besonders bei Großprojekten Abweichungen auftreten.

Der Ausschussvorsitzende unterstreicht die Notwendigkeit, bei diesen Prognosen zu Beginn der Planungen die richtigen Parameter zu Grunde zu legen und nicht während der Ausführungsphase Planabweichungen vorzunehmen.

Ratsmitglied Breite spricht sich für ein zusätzliches Kontrollgremium, ähnlich dem vormaligen Vergabeausschuss, aus.

Ratsmitglied Dr. Müser verweist auf die zahlreichen Nachträge zu Aufträgen einzelner Dienststellen, welche zu Kostenerhöhungen zwischen 10 und 15 Prozent führen. Sofern es bei bestimmten Gewerken regelmäßig zu Mehrkosten komme, rege er an, diese Erfahrungswerte in die zukünftige Ansatzermittlung einfließen zu lassen.

3.2 Anfrage der Fraktion Die Linke betr. Hundesteuer AN/0664/2008

Stadtkämmerer Soénius sagt eine Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

3.3 Anfrage vom Ratsmitglied Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betr. HGK; Strandbad in Köln-Mülheim AN/0697/2008

Stadtkämmerer Soénius sagt auch hier eine Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 5 **Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten sowie Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW**
- 6 **Mitteilungen über Kostenerhöhungen gemäß § 29 GemHVO in Verbindung mit § 7 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln**
- 7 **Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes**
- 7.1 **Modernisierung der Filmschnittarbeitsplätze (Postproduktion) in der Georg-Simon- Ohm- Schule
0841/2008**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt zur Modernisierung der Filmschnittarbeitsplätze an der Georg-Simon-Ohm-Schule die Freigabe von Kassenmitteln i.H.v. 280.000,00 Euro im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, Zeile 9 für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

- 7.2 **Freigabe von Planungsmitteln bei Finanzstelle 6903-1201-0-5102 Stadtbahn Rhein-Sieg BA Nord-Süd / 3. Betriebsabschnitt, Hj. 2008 (Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV)
1051/2008**

Ratsmitglied Frank bezieht sich auf die derzeitige Diskussion über die Planung der Nord-Süd-Stadtbahn hinsichtlich deren Rheinuferquerung und bittet die Beschlussfassung zurückzustellen.

Der Ausschussvorsitzende fragt nach, ob dieser Aufschub zu Verzögerungen führe.

Die Verwaltung antwortet, dass gegen eine Entscheidung in der nächsten Sitzung keine Bedenken bestehen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss stellt die Beschlussfassung über die Vorlage zurück.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

7.3 Regionale 2010 - RegioGrün 1266/2008

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe in Höhe von 250.000,- € aus der im Hpl., Teilfinanzplan 1301 bei Finanzstelle 6700-1301-0-9740 / Regionale 2010 – RegioGrün veranschlagten Auszahlungsermächtigung 2008. Außerdem genehmigt er die Vergabe von Aufträgen bis zu einer Höhe von 163.000,- € zu Lasten der im Hj. 2009 im Finanzplan 2009 – 2011 bei gleicher Finanzstelle veranschlagten Auszahlungsermächtigung.

Die Freigabe der Mittel erfolgt im Rahmen der Vorgaben zur vorläufigen Haushaltsführung § 82 (1) GO NW.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 2 GO NW

8.1 Sanierung und Umgestaltung der Spielplätze Theodor-Heuss-Ring Nord und Süd in Köln-Innenstadt 1077/2008

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 2 Satz 1 GO NW beschließen wir die Freigabe von Kassenmitteln, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes, in Höhe von 116.000 Euro für die Sanierung/Umgestaltung der Spielplätze Theodor-Heuss-Ring Nord und Süd aus dem Teilergebnisplan 0601, Kinder- und Jugendhilfe.

Datum	Abstimmungsergebnis	Unterschrift	Unterschrift
-------	---------------------	--------------	--------------

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des

Hauptausschusses

Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes

Die Bezirksvertretung genehmigt gemäß § 36 Abs.5 Satz 2 i.V.m § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Bezirksbürgermeisters und eines Mitglieds der BV

Der Ausschuss genehmigt vorstehende Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 2 Satz 2 GO NW

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9 Überplanmäßige Ausgaben

**9.1 Überplanmäßige Ausgabe für Mieten incl. Nebenkosten an Gebäudewirtschaft
0778/2008**

Der Ausschussvorsitzende regt an, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Beschluss:

ohne Votum in den Rat verwiesen

10 Außerplanmäßige Ausgaben

**11 Unterrichtung des Rates gem. § 82 Abs. 1 und § 84 Abs. 1 GO NRW über die vom Kämmerer genehmigten Mehrausgaben und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2007
1432/2008**

Ratsmitglied Wolter bezieht sich auf die unter der lfd. Nr. 2 aufgeführte Mehrausgabe von 376.000 € für Postdienste und bittet diese näher zu erläutern.

Der Ausschussvorsitzende erbittet eine Beantwortung bis zur Sitzung des Rates.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch den Kämmerer in der Zeit vom 07.02.2008 bis 02.04.2008 für das Haushaltsjahr 2007 genehmigten Mehrausgaben (gem. Anlage 1.)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zur Kenntnis genommen

12 Allgemeine Beschlussvorlagen

**12.1 Rahmenkonzept der Kölner Bürgerhäuser und Bürgerzentren
- Neufassung
4848/2007**

Ratsmitglied Frank signalisiert Beratungsbedarf und regt an, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Der Ausschussvorsitzende verdeutlicht, dass das Anliegen der Verwaltung durch den Finanzausschuss geteilt werde und eine sozialverträgliche Lösung zu dessen Umsetzung gefunden werden solle.

Beschluss:

ohne Votum in den Rat verwiesen

**12.2 Errichtung einer neuen Sportanlage
"Sürther Feld", Köln-Rodenkirchen
0233/2008**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Errichtung einer neuen Großsportanlage mit einer Kampfbahn Typ B sowie einem Großspielfeld in Köln-Rodenkirchen, Sürther Str. („Sürther Feld“) mit voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von 6.550.000 Euro.

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung der Großsportanlage und beschließt hierfür vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltsatzung 2008 die Freigabe entsprechender Planungsmittel in Höhe von 450.000,00 € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung, (5201-0801-2-1060, Neubau Sportanlage Sürther Feld), Hj. 2008.

Gleichzeitig beauftragt der Rat die Verwaltung, die noch notwendigen Finanzmittel zur vollständigen Finanzierung der Gesamtmaßnahme in Höhe von 4.975.000 € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung (5201-0801-2-1060, Neubau Sportanlage Sürther Feld), Hj. 2009, bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.3 Ankauf der Sammlung Daniela Mrazkova durch die Stadt Köln für das Museum Ludwig
1027/2008**

Beschluss:

Der Rat beschließt den Ankauf eines Konvolutes von 234 Fotografien bezeichnet mit „Sammlung Daniela Mrazkova“ in Höhe von 570.000 EUR für das Museum Ludwig.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe der im Teilfinanzplan 0401- Wissenschaftliche Museen und Archive in Zeile 9- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen enthaltenen Mittel in gleicher Höhe.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12.4 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für Räume der Offenen Ganztagsgrundschule und Ersatz der bestehenden WC-Anlage am Schulstandort Am Rosenmaar 3, 51061 Köln-Höhenhaus 0197/2008

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Planungsaufnahme für den Neubau eines Erweiterungsbaus für die OGTS sowie den Ersatz der WC-Anlage für die Peter-Petersen-Schule Am Rosenmaar 3, 51061 Köln-Höhenhaus nach gesicherter Finanzierung.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12.5 Haushaltsstrukturanalyse - Maßnahme 67.5 - Reduzierung des überdimensionierten Grünpflegefuhrparks 0822/2008

Ratsmitglied Ludwig bemerkt, dass in der heutigen Sitzung zwei Beschlussvorlagen erörtert werden, in denen Beschlüsse zu Haushaltsstrukturanalyse wieder zurückgenommen werden sollen.

Aus diesen beiden Fällen werde einmal mehr deutlich, dass der Einsatz externer Prüfer nicht sinnvoll sei und diese Maßnahme eher ideologisch begründet war. Insofern bestätige dies den Einzug der Realität und die Ablehnung des Gutachtens durch seine Fraktion.

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass er die Schlussfolgerung hinsichtlich des Gutachtens der Fa. Kienbaum nicht teilen könne. So seien die umsetzbaren Ergebnisse der Haushaltsstrukturanalyse mit einer diesbezüglichen Empfehlung der Verwaltung in die Haushaltsplanberatungen eingebracht worden. Hier läge nun der Fall vor, in denen die Verwaltung sowohl ihre eigene Einschätzung als auch die der Firma Kienbaum korrigieren müsse. Dies sei immer dann nach vollziehbar, wenn sich die Entwicklung abweichend von den Erwartungen darstelle. Vor diesem Hintergrund fragt er an, ob sichergestellt sei, dass sofern die vorgeschlagene Maßnahme nicht mehr zu einem Einspareffekt führe, diese durch einen anderen Sparvorschlag substituiert werde und nur in Ausnahmefällen zurückgenommen werde. Grundsätzlich gelte es daher, die vom Rat beschlossenen Maßnahmen und Zielvorgaben einzuhalten oder sofern dies nicht möglich ist eine Substitution zu überprüfen.

Stadtkämmerer Soénius antwortet, dass diese Überprüfung in Zusammenarbeit mit den Fachdezernaten sichergestellt ist.

Ratsmitglied Klipper möchte wissen, ob eine Rückkopplung mit dem Gutachter erfolgt.

Stadtkämmerer Soénius weist darauf hin, dass die Leistungen abschließend erbracht wurden und die Vorschläge im Vorfeld intensiv mit der Fachverwaltung diskutiert wurden..

Ratsmitglied Breite erinnert daran, dass es bereits Vorlagen zur Rücknahme von Vorschlägen gegeben habe. Er bedauert derartige Ergebnisse und regt an, mit der Thematik sensibler zu verfahren.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Begründung zur Nichtumsetzbarkeit des Vorschlages 67.5 zur Kenntnis und beschließt die ersatzlose Herausnahme des Vorschlages aus der Positivliste.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12.6 Neubau Rautenstrauch-Joest-Museum/Erweiterungsbau Museum Schnütgen hier: Einrichtungskosten, Veranschlagung Mehrbedarfe Haushaltsjahr 2008/2009 0946/2008

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die ausführliche Erörterung dieses Themas im Kulturausschuss. In diesem Zusammenhang sei eine Änderung der Beschlussvorlage angekündigt worden.

Aufgrund der Meinungsbildung könne er bereits jetzt feststellen, dass eine unveränderte Vorlage keine Mehrheit im Rat der Stadt Köln finden werde. Eine Zustimmung sei allenfalls dann möglich, wenn sich die Vorlage substantiell ändere. Im gesamten Haushalt der Stadt Köln gebe es keinen einzigen Teilfinanzplan, welcher in der mittelfristigen Finanzplanung mit derartigen Steigerungsraten versehen sei, wie der Kulturteilfinanzplan. Vor diesem Hintergrund sei es völlig inakzeptabel die Abdeckung der Mehrbedarfe in einer sorglosen Art und Weise durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage herbeiführen zu wollen.

Ratsmitglied Frank schließt sich der ablehnenden Haltung an. Die politischen Gremien hätten bereits seit geraumer Zeit darauf hingewiesen, dass der Neubau des Museums weitere Maßnahmen erforderlich mache. Zudem sei der Inhalt der Beschlussvorlage wenig transparent, da nicht dargelegt werde aufgrund welcher Grundlagen und Qualitätskriterien die einzelnen Maßnahmen, insbesondere hinsichtlich der Neueinrichtung, betrieben werden. Aus dem genannten Bedarf sei ferner nicht zu erkennen, ob beispielsweise alle Effizienz- und Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft wurden.

Insofern müsse auch die Frage einer möglichen Begrenzung der Kosten bzw. einer Überprüfung der vorgesehenen Einrichtung diskutiert werden.

Ratsmitglied Breite informiert über einen Änderungsantrag seiner Fraktion im Kulturausschuss, welcher dort beschlossen wurde und in die Neufassung der Beschlussvorlage einfließen sollte. Da diese bisher nicht vorliege, schlage er vor, die Angelegenheit ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Der Ausschussvorsitzende hält eine neuerliche Prüfung der zu erwartenden Neufassung in den Fraktionen und eine Abstimmung über die weitere Vorgehensweise hinsichtlich einer Beschlussfassung im Rat für erforderlich. Abschließend bringt er nochmals deutlich zum Ausdruck, dass die Aussagen der Verwaltung hinsichtlich der damaligen Schätzung der Umzugs- und Einrichtungskosten und deren Aufnahme in die Finanzplanung vom Finanzausschuss so nicht akzeptiert würden.

Die Verwaltung bedauert, dass die im Kulturausschuss angekündigte Änderung der Beschlussvorlage mit modifizierten Deckungsvorschlägen noch nicht vorgelegt werden konnte. Der zur damaligen Zeit angesetzte Schätzwert von 10 Prozent der Baukosten für die Kosten der Einrichtung galt sowohl für Bürogebäude als auch für Museumsbauten und sei bisher als auskömmlich angesehen worden. Das Rautenstrauch-Joest-Museum stelle einen Neubau mit anderer Ausstellungsarchitektur dar, dessen tatsächliche Kosten erst nach Abschluss der Planungen und der Ausschreibung der Leistungen qualifizierbar waren. Ähnliches gelte für die Kosten des Umzuges, dessen tatsächlicher Umfang erst im Rahmen der Vergabe festgestellt wurde.

Beschluss:

ohne Votum in den Rat verwiesen

**12.7 Umwandlung des Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung
1068/2008**

Der Ausschussvorsitzende mahnt den noch fehlenden Wirtschaftsplan an, welcher verdeutlichen solle, dass die Umorganisation eine Optimierung und keine Erhöhung des Zuschussbedarfs zur Folge habe. Er bittet, diesen bis zur Sitzung der Fraktionen vorzulegen und schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Die Verwaltung sagt dies zu.

Ratsmitglied Frank unterstreicht die Notwendigkeit einer verbindlichen Darstellung des künftigen Zuschussbedarfs im Hinblick auf die bisherigen haushaltsmäßigen Festlegungen und die zukünftigen Auswirkungen. Außerdem bitte er, die abweichenden Zahlen zwischen den bisherigen Haushaltsansätzen und dem jetzt für den Eigenbetrieb ermittelten Zuschussbedarf näher zu erläutern.

Beschluss:

ohne Votum in den Rat verwiesen

**12.8 Kliniken der Stadt Köln gGmbH
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages
1294/2008**

Beschluss:

Der Rat erklärt sich mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Kliniken der Stadt Köln gGmbH entsprechend der diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 2) einverstanden.

Er ermächtigt den Vertreter der Stadt Köln sowohl in der Gesellschafterversammlung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH, als auch vor dem beurkundenden Notar die hierzu notwendigen Erklärungen abzugeben und Handlungen vorzunehmen.

Sofern sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundsperson, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht, aufgrund der steuerrechtlichen Beurteilung durch die Finanzverwaltung oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig oder zweckmäßig erweisen sollten, wird der Vertreter der Stadt Köln ermächtigt, diese Änderungen vorzunehmen, soweit dadurch der wesentliche Inhalt des Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.9 Neubau von zwei Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Kulmbacher Str. 1 - 3, 51103 Köln (Höhenberg) (Gemarkung Mülheim, Flur 1, Flurstück 1199) und Abbruch der beiden städtischen Sozialhäuser.
Baubeschluss
4925/2007**

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, über die geänderte Beschlussempfehlung des Ausschusses Bauen und Wohnen abzustimmen.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Anregung auf einen Verzicht des geplanten Staffelgeschosses aus architektonischer Sicht und sozialpolitischen Gründen nicht als sinnvoll angesehen wird.

Eine entsprechende Stellungnahme für den Rat befindet sich in der Vorbereitung.

Vor diesem Hintergrund regt der Ausschussvorsitzende an, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Ratsmitglied Dr. Müser bezieht sich auf die Angaben zu den jährlichen Mieteinnahmen, welche um rund 40.000 € geringer seien als die Aufwendungen. Dies sei für ihn nicht nachvollziehbar, da die Mieteinnahmen im Regelfall von der öffentlichen Hand übernommen würden. Insofern stelle sich die Frage, weshalb hier keine Kostenmiete erlangt werden könne und aus welchen Gründen die Mehrkosten für Energiesparmaßnahmen für eine Kostenerhöhung bei diesem Objekt verantwortlich sind.

Der Ausschussvorsitzende bittet, diese Nachfragen bis zur Sitzung des Rates zu beantworten.

Beschluss:

ohne Votum in den Rat verwiesen

**12.10 Offene Ganztagschule im Primarbereich - Ausbau auf 18.800 Plätze
1073/2008**

Der Ausschussvorsitzende wertet den Ausbau der Plätze als ein großartiges Ergebnis.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt, die Plätze in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2008/2009 auf insgesamt 18.800 zu erhöhen, vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse in Höhe von in der Regel 820 Euro je Platz.
2. Der Rat nimmt die Bereitstellung der Ganztagsplätze in 145 Grund- und 17 Förderschulen gemäß der in Anlage 1 dargestellten Ergebnisse sowie die Notwendigkeit zur Bereitstellung von Räumen an 8 Schulstandorten zustimmend zur Kenntnis.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch Veranschlagung kommunaler Mittel entsprechend der in der Beschlussvorlage dargestellten haushaltsmäßigen Auswirkungen sicherzustellen. Der Zuschussbedarf im Haushaltsjahr 2009 beträgt 523.100 Euro und ab dem Haushaltsjahr 2010 insgesamt 782.100 Euro.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.11 Modellprojekt bundeseinheitliche Servicenummer 115 - Eine Chance zur
Verbesserung des Bürgerservices in der Region
hier: Organisatorische und finanzielle Konsequenzen aus der Teilnahme des
Call-Centers Köln/ Bonn/ Leverkusen und der kommunalen Partner am Pi-
lotprojekt
0436/2008**

Beschluss:

1. Der Rat beschließt: Die Stadt Köln nimmt am Pilotbetrieb der bundeseinheitlichen Servicenummer 115, der am 01.10.2008 beginnen soll, teil.
2. Die für 2008 bis 2010 erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2008 ff (einschl. der Veränderungsnachweise) im Teilplan 0101, Innere Verwaltung, veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.12 Subvention von Zweitwohnungssteuern
0675/2008**

Sachkundiger Bürger Herr Wiener merkt an, dass gegen derartige Subventionen rechtliche Bedenken erhoben werden. Da seine Fraktion diese erheblichen Bedenken teile, fragt er an, ob diese Praxis juristisch haltbar sei.

Die Verwaltung antwortet, dass sich dieses System aus der Subventionierung von Hunden aus Kölner Tierheimen ableite, welches intensiv geprüft worden sei.

Beschluss:

Der Rat beschließt, Zweitwohninginhabern, die in Köln entweder ihren Zivildienst oder ein freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr ableisten, einen Zuschuss in Höhe der (längstens) für ein Jahr anfallenden Zweitwohnungssteuer zu gewähren. Der Zuschuss ist auf jährlich 300,00 EUR bzw. monatlich 25,00 EUR begrenzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion

**12.13 Umsetzung der Haushaltsstrukturanalyse
1119/2008**

Ratsmitglied Breite bezieht sich auf die Erläuterungen zum Beschlussvorschlag, in denen aufgeführt sei, dass zum 01.01.2008 die Mietobergrenzen angehoben wurden. Er bittet, dieses näher zu erläutern.

Die Verwaltung verweist auf eine diesbezügliche Information an den Sozialausschuss, welche nochmals bis zur Sitzung des Rates vorgelegt werden könne.

Der Ausschussvorsitzende ersucht die Verwaltung, entsprechendes zu veranlassen.

Beschluss:

Der Rat entbindet die Verwaltung von der Verpflichtung, durch Umsetzung der Maßnahme 50.2 der Haushaltsstrukturanalyse – Reduzierung der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II – im Haushaltsjahr 2008 Einsparungen von 4 Mio. € und in den beiden kommenden Jahren weitere Verbesserungen von jeweils 2 Mio. € zu erreichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.14 Nord-Süd Stadtbahn, Haltestelle Heumarkt
hier: Durchführung des Hauptsammlers Mitte durch das Haltestellenbau-
werk
1256/2008**

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Hauptsammler Mitte entgegen der bisherigen Beschlusslage vom 18.12.2003 in einem Rohr mit zusätzlichem Bypass-Rohr durch die Haltestelle Heumarkt zu führen, um eine angemessene Gestaltung der Haltestelle mit größtmöglicher Sicherheit und Sozialkontrolle zu ermöglichen. Mit Unterstützung der Stadtentwässerungsbetriebe Köln besteht nunmehr die Möglichkeit dieser alternativen Ausführung.

Die investiven Mehrkosten in Höhe von 650.000 Euro sind aufgrund der Kostendeckelung durch Zuwendungen nicht mehr abgedeckt und werden im Rahmen des zwischen Stadt und KVB geschlossenen Nord-Süd Stadtbahnvertrages finanziert. Diese Mehrkosten sowie die durch die Änderung der baulichen Ausführung begründeten Folgekosten sind von der Stadt zu übernehmen.

Ein Verzicht auf die Führung des Hauptsammlers durch die Haltestelle Heumarkt wird wegen der sehr hohen Kosten nicht weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.15 Neustrukturierung der Kölner Sportstätten GmbH
hier: Bedarfsfeststellung zur Vergabe eines Gutachtens
1306/2008**

Beschluss:

Der Finanzausschuss stellt den Bedarf zur Einholung eines Gutachtens betreffend der Neustrukturierung der Kölner Sportstätten GmbH fest.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.16 Verteilung von Haushaltsmitteln aus dem Teilplan 0601 Kinder-, Jugend-
und Familienhilfe im Jahr 2008
hier: Gewährung eines Zuschusses an die Jugendzentren Köln gGmbH
4979/2007**

Beschluss:

Der Rat beschließt, abweichend von den Förderrichtlinien über die Gewährung von städtischen Zuschüssen für Bau- und Einrichtungsmaßnahmen nichtkommunaler Träger sozialer Einrichtungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Ratsbeschluss vom

13.06.1985), der Jugendzentren Köln gGmbH einen Zuschuss in Höhe von 65.000,00 € für Umbaumaßnahmen der im städtischen Eigentum befindlichen Jugendeinrichtung Vogteistraße (Freizeitanlage Klingelpütz) zu gewähren.

Die Finanzierung der investiven Finanzmittel erfolgt unter Berücksichtigung der Strukturen des neuen NKF-Haushaltes aus der Produktgruppe 0601, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe durch eine nach HJ 2008 übertragene Haushaltsermächtigung in Höhe von 65.000,00 €

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.17 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung
Wirtschaftsplan 2008
1548/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Wirtschaftsplan der Familie-Ernst-Wendt-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2008

im Erfolgsplan

mit Aufwendungen von	184.080 Euro
sowie Erträgen von	<u>360.000 Euro</u>

und einem Bilanzgewinn von 175.920 Euro fest.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.18 Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2008
1622/2008**

Ratsmitglied Frank bittet, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Beschluss:

ohne Votum in den Rat verwiesen

13 Mündliche Anfragen

gez.

.....
Börschel
Ausschussvorsitzender

.....
Rausch
Schriefführer